

	Antrags-Nr.	
	1372-AT/2013	

Antrag

Herr Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der NPD-Stadtratsfraktion - Gewalt und Gewaltprävention an Eisenacher Schulen

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	20.11.2013	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	27.11.2013	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Eisenach, dem Staatlichen Schulamt, dem SBSG-Ausschuss, dem Jugendamt und weiteren in Frage kommenden Stellen, bis März 2014 einen Bericht über die physische und psychische Gewalt an Eisenacher Schulen zu erstellen und diesen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Der Bericht soll auch anhand der aktuellen Kriminalitätsstatistik eine Übersicht enthalten, aus welcher hervorgeht, welche Schulen Eisenachs zu den gewalt- und konflikträchtigen Brennpunkten gehören. Ferner soll anhand der Kriminalitätsstatistiken der letzten fünf Jahre eine Übersicht gegeben werden, wie sich die Straftaten an Eisenacher Schulen in den letzten Jahren entwickelten.
2. Die Oberbürgermeisterin wird auf 1. aufbauend beauftragt, ein Gewaltpräventionskonzept für Eisenacher Schulen zu erstellen.
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Gewaltsituation an Eisenacher Schulen quartalsweise auf die Tagesordnung des SBSG-Ausschuss zur regelmäßigen Beratung setzen zu lassen.
4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt die Gewaltsituation an Eisenacher Schulen quartalsweise bei den Sitzungen des „Treff Sicherheit“ zu thematisieren.

II. Begründung

Besonders in sozialen Brennpunktgebieten Eisenachs sollen Berichten Betroffener und Eltern zufolge physische und psychische Gewalt an der Tagesordnung sein. Aber auch an anderen Schulen sollen Schüler häufig gemobbt werden. Mehrere Eltern von Schülern der Jakobschule beschwerten sich beispielsweise darüber, dass darauf angesprochene Lehrer und die Schulleitung praktisch nichts unternehmen.

Die aktuelle Entwicklung kann nur mit Sorge betrachtet und muss durch die Politik entschärft werden. Begleitende Maßnahmen der Politik sollten dabei der Prävention als auch der Sensibilisierung im Hinblick auf das Melden von Straftaten dienen.

Der zu erstellende Bericht soll Auskunft über den Handlungsbedarf und die Möglichkeiten

von Politik und Verwaltung geben. Etwaig entstehende Kosten sind über die Haushaltsstelle 00100-660000 – Verfügungsmittel der Oberbürgermeisterin – zu decken.

Herr Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion